



Bei Bündnispartnern, 2016

Warschau. Die kleine deutsch-polnische Sicherheitstagung glänzte mit politischer Prominenz: Der ehemalige Präsident Kwaśniewski sprach zur Eröffnung. Im Plenum diskutierte der ehemalige Ministerpräsident Cimoszewicz mit. Kollegen aus dem Bundestag waren da, Wissenschaftler, Stiftungsleute. Es war ein sozialdemokratischer Workshop, wie jedes Jahr. Aber irgendwie seltsam.

Ich stieß den neben mir sitzenden Organisator an: „Warum sind diesmal gar keine Abgeordneten aus dem Sejm dabei?“ Er schaute mich erstaunt an. „Weil es da keine Sozialdemokraten mehr gibt. Sie haben doch die Acht-Prozent-Hürde nicht geschafft.“ Ich hätte es wissen können. Das ganze politische System in Polen ist seit den letzten Wahlen krass nach rechts verschoben. Anderswo in Europa sind durchaus ähnliche Tendenzen zu erkennen. Die national-konservative PIS regiert in Warschau mit absoluter Mehrheit. Es gibt Spannungen mit dem Rest Europas. Aber unser wunderbarer Nachbar Polen ist einer unserer wichtigsten Bündnispartner in NATO und EU, auch für die Bundeswehr.

Incirlik. Auf der amerikanisch geprägten *Air Base* nahe der türkischen Millionenstadt Adana galt die höchste Sicherheitsstufe. Das machte meinen Truppenbesuch Ende April etwas kompliziert. Die Einreise war nur auf dem Luftweg möglich – was nicht nur für mich, sondern insbesondere für die Angehörigen des deutschen Luftwaffenkontingents „*Counter Daesh*“ als etwas ungewöhnlich erschien. Man war hier ja auf dem schwerbewachten Militärstützpunkt eines NATO-Partners, nicht in den afghanischen *bad lands*. Die Verantwortlichen murmelten etwas von IS-Gefahr. Aber sollte Incirlik wirklich gefährlicher sein als Erbil (deutsche Ausbildungshilfe für die gegen den „IS“ kämpfenden kurdischen Peschmerga) oder die UN-Missionen im Libanon oder in Mali? Amerikanische Familienangehörige waren bereits – zum Teil Richtung Deutschland – evakuiert, das *US-Force-Protection*-Personal in Incirlik erheblich verstärkt worden. Die deutschen Soldatinnen und Soldaten mussten deshalb ziemlich eng zusammenrücken.

Am Abend des 15. Juli, als Teile des türkischen Militärs gegen die AKP-Regierung putschten, wurde klar, dass die Anspannung in Incirlik eher einem offenbar absehbaren inneren als einem äußeren Problem galt. Was, wenn hier Truppe auf Truppe geschossen hätte? Seither wird Erdogans Türkei (schon nach der Armenien-Resolution des Bundestags auf Krawall gebürstet) ein noch schwierigerer Verbündeter. Aber ein Blick auf die internationale Konflikt-Landkarte zeigt, dass an diesem Land buchstäblich kein Weg vorbei führt.

London. Zwei Wochen nach der überraschenden Brexit-Entscheidung kamen in Westminster britische und deutsche Sicherheitspolitiker und Wissenschaftler zusammen. Die Ratlosigkeit war mit Händen zu greifen, auch Wut und Depression. Ausgerechnet jetzt, da Europa umgeben ist von Gefährdungen, Bedrohungen und humanitären Katastrophen, wird die Europäische Union der 28 zur EU-27, schwächer statt stärker. Die zweitgrößte EU-Nation scheidet aus, die Unionsbevölkerung schrumpft von 500 auf 440 Millionen. Auf Deutschland wird deshalb in der kleineren Union eine noch größere Verantwortung für den Zusammenhalt des Ganzen zukommen. Da aber die NATO-Klammer bleibt, kann die militärische Kooperation vielleicht stabil gehalten werden, sogar in den GSVP-Missionen, an denen Großbritannien bisher beteiligt ist.

Nach der Epochenwende 1989/90 hatten wir gehofft, dass es einen Übergang von der „Realpolitik“ des Kalten Krieges zu einer „wertebundenen“ Außenpolitik geben werde, von einer internationalen Politik, die dem Recht des Stärkeren folgt, zu einer neuen Ordnung, in der immer öfter die Stärke des Rechts siegt. Wir sehen heute: Der Weg dahin ist kein gerader. Schon nüchterne Realpolitik ist heute gewiss besser als Krieg oder Bürgerkrieg.

Dr. Hans-Peter Bartels

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages